

blick nach rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 11, 31. Mai 2001

Einblicke

Ein Experiment

Von Helmut Lölhöff

Von allen möglichen Ideen, in die rechtsextreme Szene einzudringen und junge Neonazis in die Demokratie zurückzuholen, sind Aussteigerprogramme auf Anhieb am wenigsten griffig. Wer die verfestigten Strukturen bei den militanten Rechten und ihren abgründigen Hass auf alle staatlichen Institutionen kennt, muss bezweifeln, ob ausgerechnet sie sich den von ihnen bekämpften Stellen anvertrauen. Die Aussichten, dass in die Irre geleitete Menschen auf diese Weise wirklich zur Umkehr bewegt werden und wieder lernen, sich in die Gesellschaft einzufügen, sind nicht allzu hoch einzuschätzen. Aber soll nur wegen geringer Erwartungen von vornherein darauf verzichtet werden, Experimente zu machen und dabei Erfahrungen zu sammeln?

Wer sich dem zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland ernsthaft entgegenstellen will, darf auch unkonventionelle Methoden nicht scheuen. Wenn die klassischen Instrumente nicht ausreichen, müssen eben neue erfunden werden. So wagt das Bundesamt für Verfassungsschutz einen ungewöhnlichen Versuch. Es schaltete ein Beratungstelefon für diejenigen, die sich von ihrem rechtsextremen Umfeld abwenden möchten und bereit sind, sich herauslotsen zu lassen. Niemand weiß, ob dieses Angebot erfolgreich sein wird. Ob ausgerechnet ein Geheimdienst der geeignete Ansprechpartner für Menschen ist, die ihren Standort suchen? Mag sein, dass das Projekt ein Reinfluss wird. Mag aber auch sein, dass Einzelne darauf eingehen und sich mit Hilfe einer verschwiegenen Behörde im Schutz der Anonymität aus ihrer braunen Verstrickung lösen können.

Trotz dieser Bedenken und trotz Vorbehalten gegen die Einschaltung des Verfassungsschutzes ist es einen Versuch wert. Notwendig ist aber öffentliche Erfolgskontrolle. Damit daraus auch Lehren gezogen werden können.

In die erste Reihe

Der Frauenanteil bei der extremen Rechten steigt an. Die Kameradinnen streben nach Führungspositionen. **Seite 2 ■**

Propagandaoffensive

Die rassistischen „Unabhängigen Nachrichten“ wollen in Schülerzeitungen Werbung machen. **Seite 4 ■**

Überleben im NS-Staat

Über 50 Menschen haben dem Juden Konrad Latte in Berlin das Leben im Untergrund ermöglicht. **Seite 8 ■**

Schreibtischtäter

Führende Mitarbeiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Vorgängerin der Max-Planck-Gesellschaft, waren an Menschenversuchen beteiligt. **Seite 9 ■**

„Lebensunwerte“

In der „Heil- und Pflegeanstalt“ Wehen nahe Oldenburg mussten die Patienten verhungern oder bekamen tödliche Medikamente. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 15 ■

blick nach rechts

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Rollenwechsel**

Der Anteil weiblicher Personen bei der extremen Rechten wächst. Zunehmend ist bei den „Kameradinnen“ eine Abkehr vom traditionellen Frauenbild der Rechten zu beobachten.

Der so genannte „Bund Heimattreuer Frauen“, ein „Zusammenschluss junger Frauen, die in den Bereichen des germanischen Brauchtums und des Heimatschutzes aktiv sind“ postuliert im Internet: „Es ist eine schöne Redensart, dass die Frau dem Mann den Rücken im Kampf ums Vaterland freihalten soll. Doch, wo sind die Männer? Wenn der Mann nicht aktiv wird, muss die Frau wohl selbst diesen Kampf antreten.“ Die Gruppe will durch „gezielte Aktionen“ wie „öffentliche Kranzniederlegungen, Infostände und Flugblattaktionen“ auf sich aufmerksam machen. Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ erklärt, „wer heute noch glaubt, er könne auf die Frau verzichten und welche Frau heute noch denkt, sie könne alles den Männern überlassen, der/die hat noch nicht begriffen, wie sehr das deutsche Volk bereits in Gefahr ist. Nur gemeinsam wird die Rettung der deutschen Mutter und der deutschen Lebensart, die Erhaltung des deutschen Volkes möglich sein.“

Im Rechtsextremismus drängen die „Kameradinnen“ mittlerweile in die erste Reihe. In Bayern konstatierte der Verfassungsschutz, so der Pressesprecher Robert Bihler, innerhalb des vergangenen Jahres einen Anstieg des Frauenanteils bei den Skinheads und Neonazis von zehn auf 16 Prozent. NPD, Republikaner, DVU, Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) oder Bund Deutscher Patrioten (BDP) haben nach Eigenangaben der Parteien zwischen 15 und 30 Prozent weibliche Mitglieder. Der Leiter der Koordinierungsstelle „Gewaltprävention“ im Innenministerium in Erfurt, Karl-Peter Bernt, schätzt den Frauenanteil bei den Neonazis in Thüringen sogar auf 20 bis 30 Prozent. Rüdiger Hesse vom niedersächsischen Verfassungsschutz sagt, „dass sich Frauen zunehmend in der Szene emanzipieren.“ Eine aktuelle Analyse seines Amtes dokumentiere „einen durchschnittlichen Frauenanteil von fast 20 Prozent“. Es gebe aber auch „einzelne so genannte Kameradschaften, in denen der Frauenanteil bei den wöchentlichen Schulungsveranstaltungen bei rund 30 Prozent

liegt.“ In Niedersachsen beobachte man „bei den Aufmärschen in der Szene verstärkt Frauen ... Die nehmen aktiv am Kampf teil.“ Diese Tendenzen finden sich auch anderswo. Die NPD-Kreisvorsitzende von Offenbach, Annemarie Paulitsch, zugleich Mitstreiterin von Horst Mahler in der Bürgerbewegung für unser Land, bezeichnet Demonstrationen als den eigentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit außerhalb der Partei. Am 1. Mai vergangenen Jahres führte sie in Wetzlar zusammen mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und der hessischen NPD-Frau Doris Zutt, die die Partei im Gemeindeparlament von Ehringhausen vertritt, einen Marsch an und wetterte vom Rednerpult gegen Einwanderung: „Wenn Ausländer nach Deutschland kommen, dann fallen sie immer weich. Entweder sie finden einen Arbeitsplatz oder sie fallen in die Sozialhilfe.“ Doris Zutt, im NPD-Bundesvorstand für soziale Fragen zuständig, erklärte: „Ich bin der Überzeugung, dass wir heute das Recht haben zu demonstrieren und nicht der DGB, denn wir fordern Arbeitsplätze zuerst für Deutsche und nicht wie der DGB Arbeit für Multikulti.“

Häufig arbeiten die rechtsextremen Organisatorinnen an der Einheit der zersplitterten Szene. Die von Frauen betriebenen neonazistischen Skinseiten „Freyra 88“, „Badworld 88“ (Webmasterin: „Badgirl“) oder „Militant Skinbyrd“ zum Beispiel zielen auf logistische Vernetzung. Hinter letzterer steht nach eigenen Angaben eine 20-jährige Jura-Studentin der Universität Houston, die sich als „proud white woman“ definiert. Um verstärkt Frauen für politische Aktionen anzusprechen, hat die Anfang der 90er Jahre gegründete Gruppe „Women für Aryan Unity“ (WAU) jetzt den Internetring „United Aryan Women of the Web“ (von und für Frauen) ins Leben gerufen. Die WAU wollen Frauen für den Kampf gegen ZOG (Zionist Occupied Government) vorbereiten und geben Ratschläge zu Überlebenstraining, Selbstverteidigung und Erziehung. In Deutschland machte die ehemalige FAP-Aktivistin Nicole Nowicki aus Recklinghausen die WAU bekannt. Inzwischen hat die Organisation auf der ganzen Welt Anhängerinnen gefunden, verfügt über Sektionen in Nordamerika (Alaska, Kalifornien, Texas, Missouri, Pennsylvania) sowie in England, Australien, Italien und Portugal und veröffentlicht mehr als ein Dutzend Print- und Online-Publikationen. Arbeitsschwerpunkte sind die Betreuung rechtsextremer Straftäter, im Szenejargon Prisoners of War (POWs), und Kindererziehung. Es wird Praxis, Kinder aus dem öffentlichen Schulsystem herauszunehmen und zu Hause zu un-

terrichten. Die eigens von den WAU-Streiterinnen entwickelten „White Home-schoolers Curricula“ geben „rassebewussten“ Eltern die nötigen Materialien an die Hand. In die gleiche Richtung geht ein Projekt der Zeitschrift „Sigridrifa“. Der Hauptsitz der „publishing agency“, die sich Themen wie „Women of History“, „Celtic Warrior Women“ oder „Ancient Aryan Symbols“ annimmt, befindet sich in Kanada, es existieren jedoch mittlerweile weitere Stützpunkte in Nordamerika. Ideologisch liegen die Aktivistinnen von WAU und „Sigridrifa“ auf der Linie der berüchtigten „14 Words“ des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane („We must secure the existence of our people and a future for white children“; <Wir müssen die Existenz unserer Leute und die Zukunft für weiße Kinder sichern>), übertroffen noch von den „SSkingirls“, die auf ihrer Internetseite proklamieren: „We must secure the extermination of Niggers and no future for black children“ (Wir müssen die Ausrottung (Vernichtung) der Schwarzen und die Zukunftslosigkeit für schwarze Kinder sichern).

■ In die erste Reihe drängen ■

International haben rechtsextreme Bewegungen und Parteien das weibliche Potenzial erkannt, die National Front in Großbritannien hat eigens eine „National Women's Front“ (NWF) gegründet. In Deutschland versuchen die Jungen Nationaldemokraten mit dem Slogan „Nationalismus ist auch Mädelsache“ Frauen anzusprechen. Mittlerweile haben NPD-Frauen Stammtische initiiert, bei denen sie sich regelmäßig austauschen. Bis zu seiner Selbstauflösung Ende Oktober 2000 koordinierte der „Skingirl Freundeskreis Deutschland“ (SFD) die „Frauen- und Mädelskameradschaft“. „Wir Mädels vom SFD sind keine primitiven, betrunkenen Schlägerweiber (...). Viele von uns sind bereits verantwortungsvolle Mütter. Ohne Emanzentick“. Aus den Aktivistinnen rekrutiert der „nationale Sanitätsdienst“ das Braune Kreuz. Ehemalige SFD-Mitglieder sind vielerorts aktiv. Verantwortlich für die Internetdomain war unter anderem die stellvertretende NPD-Landesvorsitzende von Berlin-Brandenburg, Stella Palau. Neben der NPD-Landeschefin Karola Nachtigall ist sie eine der wenigen Frauen in Parteigremien. Denn in rechtsextremen Führungsebenen wird die Luft für Frauen dünner. Dennoch streben sie auch hier in Schlüsselpositionen. Die Regionalpartei Pro Köln hat die Jurastudentin Judith Wolter an ihrer Spitze, die REP-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Uschi

Winkelsett ist seit sechs Jahren zugleich stellvertretende Bundesvorsitzende und die FDVP in Magdeburg wird von der Diplom-Wirtschaftsingenieurin Claudia Wiechmann geleitet. Für die 38-jährige Uschi Winkelsett etwa ist nach eigenen Angaben Berufstätigkeit selbstverständlich. Das traditionelle Weiblichkeitsbild, das über weite Strecken rechtsextreme Programmatik prägt, hat mit der Lebenswelt dieser Frauen nichts mehr zu tun.

Eine neue Erscheinung im Rechtsextremismus sind weibliche Szene-Musikstars. Beschränkte sich ihre Präsenz bislang auf künstlerisch klägliche Erscheinungen wie die Bands „Lokis Horden“ oder die „Wallküren“ (Fehler im Original), so hat die NPD jetzt eine eigene Liedermacherin in ihren Reihen: Annett hatte ihren ersten großen öffentlichen Auftritt beim so genannten „2. Tag des Nationalen Widerstandes“ der Partei 2000 in Passau, wo sie an der Seite von Frank Rennie Weisen vom Reich zum Besten gab. Seitdem reist die rechtsextreme Musikerin aus dem brandenburgischen Schwedt zu Wahlkampfeinsätzen quer durch die Republik. Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ berichtet im Internet von Vorstellungen Annetts „in Berlin und Umland“ und empfiehlt deren Erstlings-CD „Eine Mutter klagt an“. Für den NPD-nahen Deutsche Stimme Verlag ist der Tonträger „die Balladenveröffentlichung des Jahres 2001 schlechthin“ (Pühse's Liste). Annett besingt den „Wikinger Erik“, „Thors Enkel“ und den „echten Patrioten Hannes“, entwickelt aber in „Alltagsleben einer Mutter“ auch Sensibilität für weibliche Benachteiligung. Ihr Fazit: „Wenn ich noch mal leb', dann nur als Mann – das schwör ich, weil man da viel einfacher leben kann.“ Das Lied „Deutsche Mutter“ mit dem Refrain „Ich hab für Deutschland einen Sohn geboren“ fordert den politischen Einsatz der Frauen: „Lasst unsere Mütter auferstehen, dann wird der letzte Blöde es auch noch sehen, dass wir Mütter sind eine Macht. (...) Legt Euch nicht mit einer guten Mutter an, den Streit gewinnt Ihr nicht, ich zeigs Dir Mann.“ Musikalisches Pendant in der internationalen Skinszene ist die schwedische Sängerin Saga der Band „Symphony of Sorrow“ (SOS), die mehrfach im deutschen Magazin „Rock Nord“ vorgestellt wurde. Die aktuelle CD „My tribute to Skrewdriver“ huldigt dem 1993 tödlich verunglückten britischen Musiker Ian Stewart, Bandleader von Skrewdriver und Gründer von „Blood&Honour“. Die neue Rollenverteilung, die aus den ewigen Mitläuferinnen Szeneidole werden lässt, wird den Rechtsextremismus für Frauen interessanter machen.

Barbara Kernbach/Rainer Fromm

Aktivitäten**Hetz-Pamphlete**

Die „Unabhängigen Nachrichten“ versuchen, an den Schulen Fuß fassen.

Der Verfassungsschutz spricht von einer „regelrechten PR-Kampagne“. Seit Monaten werden von Nordrhein-Westfalen aus die rassistischen „Unabhängigen Nachrichten“ an Schülerzeitungen im gesamten Bundesgebiet versandt. In einem von einer Sonja Stockmann unterzeichneten mehrseitigen Schreiben versuchen die UN für sich und ihre politischen Ziele unter Schülern zu werben. „Die UN ist seit ungefähr 30 Jahren eine feste Größe unter den wirklich (!) unabhängigen und kritischen Publikationen dieses Landes. Seit dieser Zeit heißt unser Motto ‘Wahrheit-Klarheit-Offenheit’“, steht in dem Schreiben an die Schülerzeitungen. Versucht wird, sich als unbequemes, kritisches und junges Printmedium darzustellen. Das persönlich gehaltene Anschreiben enthält das Foto einer blonden jungen Frau, das Sonja Stockmann zeigen soll. Im Austausch für die Veröffentlichung einer dem Brief beiliegenden Anzeige („Die Meinungsfreiheit muss man schützen gegen die, die oben sitzen!“) in einer Schülerzeitung wird der kostenlose Bezug der UN für ein Jahr in Aussicht gestellt. Das nordrhein-westfälische Innenministerium warnt deshalb vor einem „Lockvogelangebot“ für Schülerzeitungen. Der Sprecher der Kultusministerkonferenz in Bonn, Martin Pott, plädiert für einen offensiven Umgang mit der rechten Propaganda. „Ich kann hier nur an die Schülerzeitungen appellieren, dieses Thema aufzugreifen und öffentlich auf die Gefahr von Rechts aufmerksam zu machen.“ In der März-Ausgabe zeigten sich die UN erfreut über die politischen Reaktionen auf die aktuelle propagandistische Offensive. „Ein Brief junger Nachwuchs-Mitarbeiterinnen der Unabhängigen Nachrichten an die Schülerzeitungen der höheren Schulen in der Bundesrepublik versetzt die ‘Gutmenschen’ der Medien und die Wissens- und Meinungswächter in den Ministerien in helle Aufregung.“

Die „Unabhängigen Nachrichten“ werden seit 1969 vom überparteilichen „Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten e.V.“, der auch als „Unabhängige Freundeskreise“ auftritt, herausgegeben. Neben den monatlich erscheinenden UN in einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren und zahlreichen UN-Sonderdrucken vertreiben die UN noch die „Ersatz-

blätter für fehlende oder verfälschte Schulbücher“ mit dem irreführenden Namen „Auf dem Stundenplan“. Bisher wurden 29 rechtsextremistische „Stundenpläne“ herausgegeben. Darunter Titel wie „Der Fall Oradour: Gräuelpopaganda - neu aufgewärmt“, „Zwangswieser Besuch der Anti-Wehrmachtsausstellung“ oder „Südafrika und Deutsch-Südwest“. Zuletzt erschien die Folge „Deutsche Reparationsleistungen: Milliarden Mark ohne Buchhaltung!“ Das Propagandamaterial der UN wird auch von anderen rechtsextremen Gruppierungen verbreitet. Im niedersächsischen Schaumburg verteilte Ende vergangenen Jahres der neonazistische „Nationale Widerstand Schaumburg“ Leseproben der UN an Privathaushalte. Geworben wird für die UN im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und, mehrfach mittels Anzeige, in der „Jungen Freiheit“.

Bis Anfang 1999 erschienen die UN unter einer Postfachanschrift im rheinland-pfälzischen Bingen. Die Adresse war identisch mit „Verlag und Agentur Werner Symanek“ (VAWS) in Bingen. In Folge der Verlegung von Symaneks Wohn- und Geschäftssitz nach Mülheim wanderten die „Unabhängigen Nachrichten“ nach Oberhausen ab. Die offizielle Kontaktanschrift ist ein Duisburger Postfach. Von einer unbekannten Adresse im Ruhrgebiet aus betreibt Symanek unter den Schlagworten „Nationale Rebellion. Progressive Subkultur“ einen Buch-, einen Musikverlag und ein Musik-Label.

Die Schriften der UN werden nach eigener Angabe vor der Veröffentlichung von Juristen geprüft. Der Druck erfolgt erst nach der „anwaltlichen ‘Freigabe’“. Ende des vergangenen Jahres hat die Mainzer Staatsanwaltschaft Anklage wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass gegen die UN erhoben. Seit 1994 ist bei der Staatsanwaltschaft Mainz ein Ermittlungsverfahren gegen Herausgeber, Mitarbeiter und Vertreiber der UN anhängig.

Sönke Braasch

Personen

Mannheim - Die Jüdische Gemeinde Mannheim hat den Staatsanwalt Hans-Heiko Klein mit ihrer Ehrenmedaille ausgezeichnet. Der 61-jährige seit 1990 für politisch motivierte Straftaten zuständige Staatsanwalt sei „durch seine Arbeit und Haltung zum Vorbild geworden“, so Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin in ihrer Laudatio. Der Zentralratsvorsitzende der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, lobte Kleins „Zivilcourage im Dienst am Rechtsstaat“.

Verfassungsschutz

Gegenläufige Trends

Mehr rechte Gewalt bei sinkender Anhängerzahl in Hamburg

Der Hamburger Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD) vermeldete bei der Vorstellung des aktuellen Verfassungsschutzberichtes „gegenläufige Trends“: Im vergangenen Jahr wurden in der Hansestadt deutlich mehr rechtsextreme Gewalttaten als 1999 verübt, die Gesamtzahl rechter Extremisten nahm hingegen ab. Allerdings stieg die Anzahl der Gewaltbereiten, überwiegend Skinheads, in Hamburg und im näheren Einzugsbereich der Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen auf 240 (1999: 200).

„In Hamburg herrscht eine große Angst vor der Aggressivität und Brutalität der Skinheads“, sagte Wrocklage im Hinblick auf die Steigerung der von Rechten verübten Gewalttaten von 24 auf 55, was bei insgesamt 458 rechtsextremistischen Straftaten (1999: 230) zwölf Prozent ausmacht. Dazu kommen zehn Sachbeschädigungen (2,2 Prozent), 22 Nötigungen und Bedrohungen (4,8 Prozent), 211 Propagandadelikte (46,1 Prozent) und 160 andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung (34,9 Prozent). Besonders gewalttätig waren männliche Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren.

Eine erstaunliche Erkenntnis ist, dass die Tateinheiten der insgesamt verübten Straftaten nicht mit einer gestiegenen Anhängerzahl rechter Organisationen korrespondiert. Während die militante, von Skins dominierte rechte Szene mit Hamburger Wohnsitz von 100 (im Jahr 1999) auf 120 stieg, sank die Zahl der Neonazis um zehn Prozent auf 90. Auch die Zahl der in Parteien organisierten Rechtsausleger ging insgesamt spürbar zurück. Die DVU zählt nunmehr 350 Mitglieder (1999: 400), die Republikaner stagnieren bei 60, nur die NPD konnte zehn Mitglieder dazugewinnen und auf nunmehr 100 Getreue verweisen. Das rechtsextremistische Gesamtpotenzial sank abzüglich Doppelmitgliedschaften auf 910 (1999: 1000). „Die drei Parteien waren im letzten Jahr schwach und inaktiv“, so Wrocklages Kommentar. Dass die Lethargie nicht von Dauer sein muss, deutete der Hamburger Verfassungsschutzchef Reinhard Wagner (CDU) anlässlich der Präsentation des aktuellen Berichtes auf Nachfrage an: „Die DVU wird zur Bürgerschaftswahl besonders aktiv werden.“

Dem Schwächeln der Parteien stehe allerdings das „provokative Auftreten von Neonazis und Skinheads“ entgegen, räumte Wagners Vorgesetzter Wrocklage ein. Federführend war bei öffentlichen Auftritten der Neonazi Christian Worch, der häufig als Anmelder von Demonstrationen in Erscheinung trat. Die Hamburger Neonazis beteiligten sich zudem an zahlreichen Aktivitäten des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland“, das vom Aktionsbüro Norddeutschland seit dem November 2000 aus dem schleswig-holsteinischen Norderstedt gesteuert wird und bei rechtem Demonstrationsbedarf mühelos bis zu 150 Marschierer auf die Straße schickt. Der 1995 aus der verbotenen Nationalen Liste hervorgegangene Kameradenkreis um Thomas Wulff hingegen ist in der Szene nicht mehr so tonangebend wie noch in den Jahren zuvor, nachdem es 1998 zu einer Abspaltung wegen „interner Differenzen“ gekommen war. Mit dem weggebröckelten „Bramfelder Kreis“, dessen Führungsfigur Torben Klebe ist, findet nur noch eine punktuelle Zusammenarbeit statt. Die eng in die Skinhead-Szene eingebundenen Bramfelder stehen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes „der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung weitaus offener gegenüber“. Zusammen mit einer Reihe weiterer norddeutscher Rechtsausleger gaben sie zudem die Zeitschrift „Hamburger Sturm“ heraus. Das rassistische und ausländerfeindliche Hetzblatt wurde ebenso wie der gleichnamige Personenzusammenchluss am 11. August 2000 von der Hamburger Innenbehörde verboten.

Die Hubbard-Jünger steuerten in Staat und Gesellschaft weiter die Weltherrschaft an, so Wrocklage: „Die wollen die totale Kontrolle, auch die der Regierung.“ Von ihrem Ziel ist die Scientology-Organisation (SO) allerdings Lichtjahre entfernt. Nicht einmal die ehemalige Vorzeige-Org Hamburg konnte die Hoffnungen des internationalen Managements auf ein Etappenziel nähern: Die Mitgliederzahl stagniert trotz Umzugs in ein repräsentatives Gebäude nur einen Steinwurf vom Rathaus entfernt. Nicht unproblematisch ist die Tatsache, dass in Hamburg 23 Firmen Mitglied im „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE) sind und weitere 30 mit scientologischer Technologie geführt werden. Mit Hilfe von WISE sollen scientologische Ideen in der internationalen Geschäftswelt verankert und Geld für die Realisierung der Allmachtsansprüche beschafft werden. Hamburg ist neben Bayern und Baden-Württemberg eine Hochburg der SO in Deutschland. Volker Stahl

Hintergrund**Knappe Kassen**

Die Kassenlage der rechtsextremen Parteien ist unübersichtlich. Trotz Staatszuschüssen sind sie nicht sonderlich reich.

In der Finanzstruktur und bei den Einnahmen der rechtsextremen Parteien fallen – im Vergleich zu den demokratischen Parteien – starke Schwankungen auf. Dies lässt sich aus einem Bericht des Bundestagspräsidenten über die Rechenschaftsberichte der Parteien von 1996 bis 1998 und über die Entwicklung der Parteienfinanzen (Bundestags-Drucksache 14/4747) ablesen, dem bis 1986 zurückreichendes statistisches Material angefügt ist.

Die Schwankungen ergeben sich offenbar aus der taktisch bedingten wechselnden Teilnahme an Bundestags- und Landtagswahlen. So lag der Anteil der Mitgliederbeiträge an den Einnahmen bei den Republikanern in zurückliegenden Jahren zwischen 5,37 Prozent im Jahr 1986 und 25 Prozent (1988). Er bewegte sich dann zwischen rund 8 Prozent (1992) und 18 Prozent (1995). Zuletzt (1998) lag er bei 6,09 Prozent. Noch stärker schwankte der Beitragsanteil in diesem Zeitraum bei der DVU: zwischen 4 Prozent und 29 Prozent. Bei der NPD bewegte er sich deutlich höher zwischen rund 16 Prozent in den Jahren 1987 und 1998 sowie 33 Prozent (1996).

In vergleichbaren Höhen variiert der Anteil der Spenden an den Einnahmen der rechtsextremen Parteien. Derzeit liegt er bei allen dreien deutlich über 50 Prozent. Spitzenreiter war die DVU mit mehr als 70 Prozent im Jahr 1997. Den Rest der Einkünfte machen staatliche Mittel aus, die allerdings bei der NPD von 1991 bis 1997 ausblieben.

Auch die Ausgabenstruktur weist erhebliche Differenzen auf. Bemerkenswert ist die Tendenz zur kontinuierlichen Verminderung der Personalausgaben, derzeit bei allen drei Parteien um drei Prozent, und der Verwaltungsausgaben – weniger deutlich allerdings bei der besonders strukturierten DVU. Die Einsparungen in der Verwaltung kommen der politischen Tätigkeit zugute.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Vermögensstruktur der rechtsextremen Parteien. Mehr oder weniger saturiert sind die Republikaner

mit rund vier Millionen Mark Vermögen. Die NPD hat die Defizite der frühen 90-er Jahre überwunden und besitzt inzwischen etwa zwei Millionen Mark Reinvermögen. Hier dürfte das Verbotungsverfahren, wie am Verkauf einer Immobilie ersichtlich wird, Einschnitte bringen.

Die DVU ist mit mehr als elf Millionen Mark überschuldet. Dass ihr Finanzstatus angesichts der offensichtlichen Vermengung der unternehmerischen und der politischen Tätigkeit des geschäftstüchtigen Vorsitzenden und Millionärs Gerhard Frey Vergleiche kaum zulässt, hat der „blick nach rechts“ wiederholt aufgedeckt, was von anderen Medien übernommen wurde. Im Bericht des Bundestagspräsidenten findet diese Beobachtung wie immer keinen Niederschlag. Allenfalls am Rande wird die Vermutung geäußert, als DVU-Mitglieder (1998: 14 685 nach eigener Angabe – laut Verfassungsschutzbericht 18.000; 2000: 17.000) würden die Abonnenten der Frey-Zeitungen geführt.

Klaus-Henning Rosen

Reinvermögen seit 1986 (in Tsd. DM):

Jahr	REP	DVU	NPD
1986	527		998
1987	154	1 400	1 155
1988	-4	-3 517	1 350
1989	11 709	-11 519	1 131
1990	1 583	-11 530	-369
1991	4 378	-11 282	-130
1992	9 552	-9 313	-614
1993	11 358	-10 352	-603
1994	1 485	-8 067	147
1995	4 151	-7 645	2 018
1996	4 934	-8 200	2 044
1997	6 421	-9 108	1 605
1998	3 895	-11 378	1 494

Quelle: Bundestagsdrucksache 14/4747

Demokratische Initiativen

Bildung über NS-Zeit

Das Projekt „Lernen aus der Geschichte“ bietet für die Jugendarbeit informative Materialien über Nationalsozialismus und Holocaust

Der Holocaust ist zur Herausforderung für die Bildungsarbeit geworden. Mehr als 50 Jahre nach dem Massenmord an den Juden wird es immer schwieriger, Jugendliche für die nationalsozialistischen Verbrechen zu sensibilisieren. Nur noch wenige Zeitzeugen können die Erinnerung aus erster Hand wach halten. Daher sind kreative, zielgruppengerechte Projekte in Schule und Jugendarbeit wichtiger denn je. 50 solcher Projekte stellt das Projekt „Lernen aus der Geschichte“ vor, das mit einer Homepage sowie CD-ROM plus Begleitbuch an die Öffentlichkeit tritt.

Drei Jahre lang haben rund 50 Autoren und fünf Herausgeber in Schulen und Jugendeinrichtungen recherchiert, Berichte gesammelt und diese jetzt mit prominenter Unterstützung publiziert. Zu den Förderern und Beratern des Projekts zählen das Bundespresseamt, das Goethe-Institut und das Holocaust Memorial Museum in Washington. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Website und CD-ROM umfassen detaillierte, gut aufbereitete Informationen zu den Projekten, die eine breite Palette von Bildungsmethoden für verschiedene Altersgruppen abdecken. Alle Texte sind auf Deutsch und Englisch verfügbar und leisten so einen Beitrag zur interkulturellen Bildungsarbeit über den Holocaust.

Einige Beispiele: Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern organisiert eine Fahrradtour, die an den Todesmärschen der KZ-Häftlinge von Ravensbrück und Sachsenhausen entlangführt. Die Fahrt für Jugendliche ab 16 Jahren macht auch an den Gedenkstätten Wöbbelin und Neustadt-Glewe Station. Historisches Lernen wollen die Veranstalter mit Erholung, Sport und Naturerlebnis verbinden. Kinder ab acht Jahren studieren in einer Schweriner Musikschule die Oper „Brundibár“ ein, die von Gleichaltrigen im Ghetto Theresienstadt 55-mal aufgeführt wurde. Die jungen Schweriner Darsteller präsentieren „Brundibár“ anschließend in ihrer Heimatstadt, in Dänemark und auf einer Auftrittsreise nach Israel. Schüler ab 14 Jahren der Anne-Frank-Schule in Bonn pflegen den dortigen jü-

dischen Friedhof, recherchieren im Stadtarchiv, befragen Experten und zeigen die Ergebnisse in einer Ausstellung.

Diese Berichte sind nutzerfreundlich nach Themen von A wie Antisemitismus bis Z wie Zwangsarbeit sortiert sowie nach dem Alter der Zielgruppen und Bundesländern. Ziel ist es, Anregungen für den pädagogischen Alltag zu liefern. Einige der vorgestellten Projekte sind ambitioniert und aufwändig, andere können problemlos übernommen werden. Letzteres gilt etwa für eine zweistündige Unterrichtseinheit, die den Widerstand in Konzentrationslagern anhand des bekannten Liedes von den „Moorsoldaten“ aus den Emslandlagern didaktisiert. Alle Projektberichte liefern ausführliche Hintergrundinformationen: Literaturtipps und ein Glossar der wichtigsten Begriffe. Fast zu jedem Beispiel sind zusätzliche Bilder oder Originaldokumente wie das Protokoll der Wannsee-Konferenz abrufbar, häufig auch Ton- und Videosequenzen. Die große Stärke der Homepage und der CD-ROM ist ihr Servicecharakter. Zu jedem Projekt, das die Materialien darlegen, nennen sie Ansprechpartner und Adressen, darüber hinaus liefern sie eine lange Liste einschlägiger Initiativen, Institutionen und Gedenkstätten.

Während die grafisch attraktiv gestaltete CD-ROM und ihr Begleitbuch zurzeit vergriffen sind und eine neue Auflage in Arbeit ist, wird die optisch schlichtere Homepage des Projekts kontinuierlich aktualisiert. Hier können sich auch neue Projekte vorstellen. Neben einem Forum und einer ausführlichen Linksammlung bietet die Website eine News-Rubrik mit Hinweisen auf Veranstaltungen und neue Publikationen. Kleinere Fehler sollten bei der Neuauflage der CD-ROM korrigiert werden, etwa der Hinweis, die Holocaust-Leugnung werde seit 1985 als Beleidigung nach Paragraph 194 des Strafgesetzbuches verfolgt. Tatsächlich macht sich, wer die „Auschwitz-Lüge“ verbreitet, seit 1994 sogar der Volksverhetzung (Paragraph 130) strafbar. Bedauerlich sind die recht hohen Anforderungen, die die CD-ROM an die technische Ausstattung des Benutzers stellt. Alles in allem hat das Projektteam aber der politisch-historischen Bildung sehr hilfreiche Materialien an die Hand gegeben, die eine Fülle von Anregungen enthalten. *Thomas Pfeiffer*

Homepage: www.lernen-aus-der-geschichte.de

Begleitbuch mit CD-ROM: Annette Brinkmann u.a.

(Hrsg.): Lernen aus der Geschichte. Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in der Schule

und Jugendarbeit, ARCuLT Media Verlag, Bonn 2000

Demokratische Initiativen**Leben im Untergrund****Der Jude Konrad Latte hatte 50 Retter**

Ein geeigneterer Ort für die Vorstellung des Buches von Peter Schneider „Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen...“ hätte sich kaum finden lassen. Die kleine, altehrwürdige St.-Annen-Kirche in Berlin-Dahlem ist durch das Wirken der bei den Nazis verhassten „Bekenntnispfarrer“ von Niemöller bis Gollwitzer berühmt geworden. Zweimal im Leben des jüdischen Musikers Konrad Latte, der mit falscher Identität Krieg und Nazismus überlebte (BNR 21/99) war die Kirche Schauplatz wichtiger Ereignisse, die in Schneiders vom Rowohlt-Verlag Berlin editierten Buch über den späteren langjährigen Leiter des Berliner Barock-Orchesters festgehalten wird. Von einer tragischen Liebe war das eine, von kalter Bosheit das andere geprägt. Wer die Geschichte Lattes kannte, drehte sich während der Lesung dann und wann verstohlen um, wo der blutjunge Organisist einst buchstäblich um sein Leben spielte.

Lattes Leidensjahre im Nazistaat waren so dramatisch, dass sein Weg den Stoff für mehr als ein Buch liefert. Aber Schneider hat sich die Arbeit nicht leicht gemacht. Er führte eingehende Gespräche mit Konrad Latte und Ehefrau Ellen, studierte das von Tochter Gabriele angelegte Familienarchiv, recherchierte gründlich im ganzen weiten Umfeld. So kam er zu einem Schwerpunkt, der auf den ersten Blick überraschen mag: auf die „anderen Deutschen“. Entstanden ist dabei eine spannende und zu Herzen gehende Lektüre, die mehr gibt als die Biografie eines Helden.

Von den circa 170 000 Berliner Juden konnte die Hälfte ins Ausland entkommen. Die meisten anderen endeten in den Vernichtungslagern. Schneider verweist darauf, dass immerhin 2 000 den Nazi-terror in Berlin im „Untergrund“ überstanden haben. Die Zahl der Deutschen, die von dem einen oder anderen wussten und ihm - sei es auch nur durch Schweigsamkeit - halfen, ist ein Vielfaches höher. Aber ein Schicksal wie das Lattes ist einmalig. Er tauchte ja nicht nur als Konrad Latte unter, sondern gleichzeitig als Organist und danach Kapellmeister Konrad Bauer wieder auf. Der Bedarf an Helfern multiplizierte sich dadurch logischerweise. Er selbst nennt 50, Prominente wie

Gottfried von Einem, Gefängnispfarrer Harald Poelchau, Pianist Edwin Fischer, Dirigent Leo Borchard, Schriftsteller Erich Kästner, Schauspieler Hans Söhnker, die bei Gustaf Gründgens am Preußischen Staatstheater engagierte junge Mimin Ursula Meißner als mutige erste Quartiergeberin und dazu viele gänzlich Unbekannte. Bewusst widmet Schneider einen beträchtlichen Teil des Buches jenen stillen Helden, die so viel aufs Spiel setzten, um Lattes Rettung zu ermöglichen. Drei von ihnen, Ellen Latte, Harald Poelchau und Ursula Meißner, haben den israelischen Orden „Gerechte unter den Völkern“ und die Ehre erhalten, in der Allee der Gerechten der Gedenkstätte Yad Vashem einen Baum zu pflanzen. Aber Innenminister Otto Schily, der eine Laudatio auf Buch und Autor hielt, wies auch auf einen aktuellen Aspekt ihres Handelns hin: Sie widerlegen die heute wieder als Entschuldigung für Feigheit beliebte Legende, als Einzelner könne man ja doch nichts tun. So sei ihr Beispiel wichtig für den gemeinsamen Kampf gegen rechte Gewalt und Neonazis.

Die Atmosphäre in der St.-Annen-Kirche prägte noch eine weitere Besonderheit. Auf den Holzbänken saßen überwiegend Zeitzeugen, Beteiligte, ihre Kinder und Angehörigen, zum Teil von weiter angereist. Viele Tränen flossen, Tränen der Trauer über Verstorbene, aber vor allem der Wiedersehensfreude. Genannt sei die Cellistin Anita Lasker-Wallfisch vom English Chamber Orchestra aus London, jüdische Jugendfreundin Lattes in Breslau. Ihr hat Konrad auf ungewöhnliche Weise das Leben gerettet. Sie bat ihn „für den Fall aller Fälle“ um etwas von dem Zyankali, das er sich besorgt hatte. Er tat ihr statt der Todesdroge Traubenzucker in ein Glasröhrchen. Von der Gestapo festgenommen, schluckte sie das Gift, natürlich wirkungslos. So kam sie nach Auschwitz, wurde aber dort als begabte Musikerin für das Frauenorchester des Lagers ausgewählt und überlebte.

Leider haben weder die Lesung noch das Buch in den Medien die Beachtung gefunden, die man erwarten konnte. Hoffentlich wird trotzdem eine Fortsetzung geschrieben. Das „zweite Leben“ Lattes, seine trüben Erfahrungen mit Nachkriegsdeutschland und dessen Behörden, die ihn veranlassten, bis zu seiner Pensionierung an der Vergangenheit praktisch nicht zu rühren.

Ralf Bachmann

Peter Schneider, „Und wenn wir nur eine Stunde gewinnen...“. Wie ein jüdischer Musiker die Nazi-Jahre überlebte, Berlin 2001 (Rowohlt), 160 S., 39,90 DM

Hintergrund

Schreibtischtäter

Wissenschaftler haben unter dem NS-Regime an Menschenversuchen mitgewirkt. Später setzten sie ihre Karrieren fort.

Wie tief Wissenschaft, Technik, Medizin, Forschung, Jurisprudenz und die gesamte Gesellschaft nicht nur in die NS-Verbrechen verstrickt war, sondern von ihr profitiert und aktiv freiwillig mitgemacht hat, wird mit jeder Veröffentlichung zu diesem Thema deutlicher. Nun erfahren wir langsam, welche blutige Geschichte die Vorgängerin der viel gerühmten Max-Planck-Gesellschaft (MPG) hat - die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.“ (KWG). Länger als 50 Jahre ist die MPG ihrer Vorgeschichte aus dem Weg gegangen, wurden Ansätze zur Erforschung der NS-Zeit hintertrieben oder unterdrückt - weil man wusste oder ahnte, was da zum Vorschein kommen werde. 1998 wendete sich endlich das Blatt, als MPG-Präsident Hubert Markl eine Kommission berief, die jene Zeit untersuchen sollte. Im Wallstein-Verlag sind kürzlich die ersten beiden Bände erschienen, die aufdecken, was zwar befürchtet wurde, aber bis dahin nicht nachgewiesen werden konnte. Das hat sich nun gründlich geändert. Die KWG hat eng mit Auschwitz zusammengearbeitet. Die „Rassenlehre“ der Nazis wurde gefördert, an Menschenversuchen wurde aktiv mitgewirkt, die „Euthanasie“ unterstützt. Damit nicht genug, wurden die Täter und Schreibtischtäter nie zur Verantwortung gezogen. Vielmehr deckten sie sich gegenseitig und hievten sich in hohe Positionen.

Eine der jüngsten Mitarbeiterinnen in einem Institut der KWG in Berlin, Karin Magnussen, war erst 35, als ihr mehrere „Zigeuner“-Zwillinge übergeben wurden. Alle hatten heterochrome Augen, also unterschiedliche Augenfarben. Wenig später wurden die Zwillinge einem auf Zwillingforschung spezialisierten Mitarbeiter der KWG geschickt - Josef Mengele nach Auschwitz. Einige Tage später erhielt Magnussen die Augen der Kinder zurück - sicher verpackt in Glasbehältern.

Die junge Frau war nicht nur glücklich, mit dem Inhalt der Glasbehälter weiter forschen zu können. Neben „Zigeunern“ hatte sie sich inzwischen auch mit der „Judenfrage“ beschäftigt und geschrieben, aus europäischer Sicht „ist die Judenfrage nicht da-

durch gelöst, dass die Juden aus den rassistisch denkenden in die anderen Staaten auswandern.“ Magnussens Vorgesetzter war Professor Otmar von Verschuer mit einem eigenen Assistenten in Auschwitz - eben Mengele. Der versorgte den Chef mit „Material“ - wann immer der was brauchte.

Eines der gut 50 Institute der KWG machte sich zum Vorreiter der NS-„Rassenlehre“ und der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens. Als 1934 das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ in Kraft trat, konnten sich die Protagonisten der Zwangssterilisation bestätigt sehen. Erste Opfer waren nach dem gegenwärtigen Forschungsstand so genannte „Rheinlandbastarde“, Kinder von deutschen Frauen und farbigen französischen Soldaten, die während der Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg gezeugt worden waren. Einer der Anstifter zu diesem Mord war Ernst Rüdin, Direktor der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, der 1942 empfahl zu prüfen, ob auch Kleinkinder als „minderwertig eliminationswürdig“ der „Euthanasie“ zugeführt werden sollten. Derweil setzte Verschuer seine Forschungen fort und erweiterte sie als Sachverständiger für die „Judenfrage“.

Wie er und andere führende Mitarbeiter der KWG nach dem Krieg ihrer Karrieren fortsetzten, hat bereits vor längerer Zeit der Kölner Genetiker Professor Benno Müller-Hill erforscht. Was er noch nicht exakt belegen konnte, weil im Frühjahr 1945 in Berlin von der KWG massenweise Akten vernichtet worden sind, ist nun belegbar. Eine zentrale Rolle spielte dabei der unverändert hochgelobte Adolf Butenandt, Direktor in der KWG für Biochemie. Am Beispiel Verschuer ist nun nachgewiesen, dass er die Vernichtung der Verschuer und andere KWG-Forscher belastenden Dokumente angeordnet hat. Ein Komitee erklärte dennoch, Verschuer sei unbelastet und habe von Auschwitz nichts gewusst. Damit ist ein zentraler Vorwurf Müller-Hills nun bestätigt. Verschuer blieb an der Universität Münster und Butenandt konnte 1949 den ihm 1939 verliehenen Nobelpreis für Chemie entgegennehmen. Die Krone der Geschichtsfälschung leistete sich 1974 die deutsche Justiz. Sie verbot auf Antrag von MPG-Präsident Adolf Butenandt die Behauptung, die KWG, also der Vorläufer der MPG, habe im Zusammenhang mit der „Euthanasie“ Hirnforschung betrieben. Nun darf man auf weitere Enthüllungen durch die von Carola Sachse geleitete Kommission gespannt sein.

Heiner Lichtenstein

NS-Vergangenheit**„Unnütze Esser“**

Im jetzigen Landeskrankenhaus Wehnen bei Oldenburg wurden in der NS-Zeit hunderte „lebensunwerter“ Menschen umgebracht. Angehörige verlangen, sich der verdrängten Vergangenheit der Anstalt endlich zu stellen.

Selbstbewusst und mit wachen Augen blickt Marianne Struß in die Kamera. Das Foto wurde am Tag ihrer Konfirmation aufgenommen und ist bereits rund 65 Jahre alt. Doch Gertrud Pommerenke (Name ist der Redaktion bekannt) aus Bokel im Kreis Cuxhaven hält es in Ehren. Es ist ihre Tante, die man auf dem Bild sehen kann. Die ist längst tot und Gertrud Pommerenke hat sie nie kennen gelernt. Aber dennoch fühlt sie sich ihr sehr nahe und tritt energisch dafür ein, dass ihrer Verwandten Gerechtigkeit widerfährt. Das Leben von Marianne Struß, geboren 1923, endete in der „Heil- und Pflegeanstalt“ in Wehnen im Landkreis Ammerland, nur einen Steinwurf von der Oldenburger Stadtgrenze entfernt. Sie war ein Opfer der „Euthanasie“, der Aussonderung und Vernichtung von Menschen, die nicht in das Raster passten, weil sie krank, schwach oder „anders“ waren als die Masse. Im jetzigen Landeskrankenhaus Wehnen sind während der Nazi-Zeit, allerdings auch kurz vor und kurz nach ihr, mehr als 1 500 Menschen als „unnütze Esser“, als „Lebensunwerte“ aus dem Weg geräumt worden. Man ließ sie verhungern, verabreichte ihnen tödliche Medikamente oder nahm todbringende Infektionen in Kauf.

■ Hungertod als „Spezialität“ ■

Marianne Struß, so hat ihre Nichte herausgefunden, war ein Trotzkopf, der sich nicht alles gefallen ließ und mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hielt. So weigerte sie sich lange, Mitglied des Bund Deutscher Mädel (BDM) zu werden. Das Jahr 1938 bedeutete für die damals 15-Jährige eine schreckliche Wende: Ihr heißgeliebter Opa starb - und sie wurde brutal vergewaltigt. Gertrud Pommerenke hat erfahren, dass Marianne von ihrer Mutter zuerst eine Tracht Prügel bekommen hatte, nachdem der Missbrauch bekannt geworden war. Die Begründung: Sie habe sich nicht heftig genug gewehrt, habe „Schande über die Familie“ gebracht. „Marian-

ne konnte kein einziges Mal richtig über das Furchtbare sprechen, das ihr der Vergewaltiger zugefügt hatte“, so Frau Pommerenke. Sie wurde seelisch krank. 1939 wurde Marianne Struß in eine Nervenklinik eingeliefert. Ein langer Leidensweg durch mehrere Krankenhäuser begann; Wehnen war die letzte Station.

Der Naturwissenschaftler und Historiker Ingo Harms aus Oldenburg beschäftigt sich seit Ende der Achtzigerjahre mit der Gesundheitspolitik der Nationalsozialisten, schrieb zur mörderischen Geschichte der „Heil- und Pflegeanstalt“ Wehnen das Buch „Wat mööt wi hier smachten ...“ Und Harms war es, der 1996 durch seine Promotionsarbeit das Geheimnis lüftete, das die Einrichtung in Wehnen jahrzehntelang umgeben hatte. Von 1935 bis 1945 herrschte in Wehnen eine unvorstellbare räumliche Enge: So lebten zu Beginn des Zweiten Weltkrieges 700 Frauen und Männer in der - durch Erweiterungsbauten vergrößerten - Anlage, die bei ihrer Gründung 1858 für 84 Kranke gedacht war. Nur wenige Pflegekräfte und Ärzte wurden beschäftigt. Allein deshalb war klar, dass viele Patienten ihren Aufenthalt in Wehnen nicht überleben würden. In zahlreichen anderen Fällen wurde „nachgeholfen“, wobei sich der Hungertod immer mehr zu einer grausamen „Spezialität“ der Anstalts-Verantwortlichen entwickelte. Patienten, die noch arbeitsfähig waren, bekamen andere, höhere Rationen zugewiesen, als die Mitpatienten. Wehnens Verwaltungsoberinspektor Heinrich Siems, nach dem Ende der Nazi-Zeit Hauptverwaltungsbeamter im Gesundheitsbereich, war merklich stolz auf diese Methode. In einem Brief an die Kreisbauernschaft Ammerland vom 5. Oktober 1942 rühmte er sich: „Wie Ihnen bekannt ist, stehen den Patienten nach den Bestimmungen über die Lebensmittelverteilung jene Mengen zu, die an die Normalverbraucher ausgegeben werden. Ich habe aber freiwillig auf einen erheblichen Teil der zustehenden Menge verzichtet und dadurch sehr große Einsparungen erzielt, die der übrigen Volksgemeinschaft zugute kommen. ...“

Einige Wochen zuvor, im August 1942, hatte sich der Landesfürsorgeverband (LFV) als Träger der Klinik in Wehnen im selben Sinne angepriesen. In einem Schreiben an die „Organisation Todt“ wurde betont, dass die Pflegesätze weit unter dem Reichsdurchschnitt lägen. Ingo Harms spricht von einer „regelrechten Geldmaschine“, die sich der LFV geschaffen hatte. „Aus der Differenz der von den Heimatgemeinden erstatteten Pflegekosten und

den tatsächlichen Aufwendungen, die der LFV immer weiter zu senken verstand, wurden Millionen Reichsmark an Überschüssen erzielt.“ Ingo Harms weiter: „Starben die Patienten, entfiel mit der Erstattung der Pflegekosten auch der Differenzgewinn, es sei denn, der Todesfall wurde mit Verzögerung weitergemeldet.“ Bei dieser Art der Gewinnschöpfung hätten die Patienten dem LFV nur lebend und bei möglichst geringen Pflegekosten genützt. Nach den Erkenntnissen von Harms beruhte das System darauf, „dass die Patienten vor ihrem Tod einen möglichst langen Leidensweg durchliefen“. Den Zeitpunkt ihres Todes hätten dann Faktoren wie Bettenknappheit und Krankheit bestimmt, so Harms.

■ „Unheilbar Kranken den Gnadentod gewähren...“ ■

Schon kurz nach ihrer Machtübernahme gossen die Nazis die Idee in Gesetzesform, dass das aus ihrer Sicht überflüssige Leben zu vernichten sei. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlaubte ab dem 1. Januar 1934 die Sterilisation auch gegen den Willen des „Unfruchtbarzumachenden“. Auf dieser Grundlage wurden bis 1945 rund 400 000 Menschen sterilisiert; 5 000 von ihnen, überwiegend Frauen, überlebten den Eingriff nicht. Auch Marianne Struß wurde zwangssterilisiert. Im Oktober 1939 verfasste Adolf Hitler ein formloses Geheimschreiben. Darin ermächtigte er seinen Begleitarzt und seinen Kanzleileiter, „die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken (...) der Gnadentod gewährt werden kann“. Im Rahmen der „Aktion T4“, benannt nach der Berliner Adresse der ausführenden Zentrale, wurden Meldebögen an alle psychiatrischen Kliniken verschickt. Gutachter in der Reichshauptstadt entschieden über Leben und Tod der gemeldeten Patienten, ohne sie in der Regel je zu Gesicht bekommen zu haben. „Von Januar 1940 bis August 1941 wurden in sechs Tötungsanstalten mehr als 70 000 Menschen umgebracht“, berichtet Historiker Harms. Ende August 1941 stoppte Hitler die Vernichtungs-Aktion offiziell; zuvor hatte es heftige öffentliche Kritik durch den Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen gegeben. Doch das Töten und Sterben ging weiter, wurde nun schwerpunktmäßig in den laufenden Klinikalltag verlagert. Harms zufolge wurden während der „wilden Euthanasie“ mindestens 140 000 Menschen zu Tode gebracht.

Marianne Struß starb am 1. Januar 1947, eineinhalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sturz des Nazi-Regimes. Ihr Tod fiel also in die Besatzungszeit. Die Todesrate in Wehnen hatte sich damals nicht so verringert, wie das zu erwarten gewesen wäre. Erst 1948 wurde bei der Sterbequote wieder das Normalmaß von 5 Prozent erreicht.

Das bestätigt Harms in seiner These, dass das Denken von den „Menschen zweiter oder dritter Klasse“ anderen Gesellschaften nicht fremd war. Auch in Deutschland waren es nicht die Nationalsozialisten, die die rassenbiologische Ideologie erfunden hatten. Die Wurzeln der „Rassenhygiene“ reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. „Bereits in der Weimarer Republik gehörte die so genannte Rassenhygiene zur Ärzte-Ausbildung“, erklärt Harms. Ein Unrechtsbewusstsein bei den Medizinern und beim Pflegepersonal sei deshalb kaum vorhanden gewesen.

Nach dem Krieg wurde über das Euthanasie-Kapitel in Wehnen der Mantel des Schweigens gehüllt und die Vergangenheit verdrängt. Das hat Historiker Harms erfahren. Ihn wundert es beispielsweise nicht, dass die leitenden LFV-Beamten schnell wieder Karriere machten. Der eine wurde Oberstadtdirektor in Oldenburg, der zweite Oberkreisdirektor im Landkreis Oldenburg, und der dritte LFV-Chef stieg zum Vizepräsidenten des Regierungsbezirks Oldenburg auf. Bei seinen Recherchen von 1993 bis 1996 hatte Harms viele Widerstände zu überwinden: Da blieben Tages- und Nachtprotokolle für die Jahre 1938 bis 1946 unauffindbar, und es verschwanden Akten im Gesundheitsamt Oldenburg, als Harms mit ausdrücklicher Rückenbedeckung der Landesregierung in Wehnen zu forschen begann. Die Verwaltung des Landeskrankenhauses Wehnen verweigerte dem Historiker so lange den Zugang, bis sie sich einer Dienstanweisung des Sozialministeriums beugen musste.

Was sie heute noch für ihre Tante Marianne Struß tun kann, meint Gertrud Pommerenke, das ist ihre Mitarbeit in der Selbsthilfe- und Interessengruppe „Angehörige von Opfern der NS-Euthanasie in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen“. Dieser Ende 1999 gegründete Zusammenschluss tritt für ein Mahnmal auf dem Krankenhaus-Gelände ein und fordert, dass die Forschung in Sachen „Patientenmorde in Wehnen“ konsequent fortgesetzt wird. Die steckt im Grunde selbst 55 Jahre nach dem Ende des Naziregimes in den Kinderschuhen. *Thomas Klaus*

Bücherschau**Leidenswege**

Haben Frauen den Hunger, die Schläge und die Zwangsarbeit in Konzentrationslagern anders erlebt als Männer? Ruth Bondy, israelische Autorin und überlebende einstige Gefangene in Auschwitz und Bergen-Belsen, stellt klar: „Zyklon B macht keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen; derselbe Tod raffte alle dahin.“ Umso gründlicher begibt sich Ruth Bondy an die Aufgabe, unterschiedliche Überlebensstrategien und Lebensweisen von Frauen und Männern in Theresienstadt und im Familienlager Auschwitz-Birkenau zu beschreiben. Ihr Beitrag findet sich in dem kürzlich erschienenen Band „Frauen im Holocaust“. Frauen im Holocaust – das bedeutet Exil, Verhaftung, Gefangenschaft, Widerstand, aber auch: Täterschaft. All' diese möglichen Rollen, die Frauen in der Zeit zwischen Anfang der 40-er und 1945 in aller Regel gezwungenermaßen lebten, beschreiben die 18 beispielhaften Beiträge – unter anderem von Halina Birenbaum, Charlotte Kahane, Gabriele Mittag – des von Barbara Distel herausgegebenen Buches.

Nun gibt es längst viele Berichte von Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager, und sicher ist die Frage gerechtfertigt, ob die Situation von Frauen im Holocaust so grundlegend anders war, dass ein Buch mit dieser Fragestellung eine vorhandene Wissenslücke schließen kann. Die Herausgeberin wirft die Frage selbst auf. Gleich im ersten Satz ihrer Einführung zitiert sie die Ärztin Lucie Adelsberger, die feststellte: „Nach den Richtlinien der SS brachte jedes jüdische Kind automatisch seiner Mutter den Tod.“ Gemeinsam wurden die Frauen mit ihren (Klein-)Kindern „selektiert“ und umgehend in die Gaskammer geführt. Eine Ausgangsbasis für Distel, die selbst seit 25 Jahren die KZ-Gedenkstätte Dachau leitet, den besonderen Leidensweg der Frauen im Holocaust nachzuzeichnen. Denn: Hob am Ende der Tod durch Vergasen, das Verbrennen in den Krematorien neben allen anderen Unterschieden auch den zwischen Mann und Frau auf, so war doch, schreibt Distel, „der Weg zur Vernichtung (...) durch Ereignisse markiert, die Männer speziell als Männer, Frauen speziell als Frauen betrafen“.

Frauen hätten etwa, so beschreibt Ruth Bondy die Situation im Ghetto Terezín (Theresienstadt), häufig versucht, „ihren Schlafplatz in den dreistöcki-

gen Betten in ein Ersatzheim zu verwandeln, indem sie die Matratze mit einem farbigen Laken bedeckten, Fotos an die Rückwand hingen oder eine Serviette über das Brett legten, auf dem ihre Habseligkeiten untergebracht waren“. Dieses Bedürfnis, in einer ausweglosen Lage ein Stückchen Intimsphäre zu retten, gehörte wohl ebenso zur weiblichen Überlebensstrategie wie die gegenseitige ausführliche Schilderung von Kochrezepten zur Übertönung des ständigen Hungers, wie es Maria Montuoro in ihrem Prosastück „Schicht 'B'“ beschreibt. Frauen und Männer wurden zudem in getrennten Blöcken der Lager oder in separaten Konzentrationslagern untergebracht – auch dieser Umstand verstärkte vermutlich Unterschiede in den monotonen Abläufen zwischen Zählappellen, Zwangsarbeit und kargen Mahlzeiten bei weiblichen und männlichen Häftlingen. Allerdings kommt keine/r der Autoren/innen zu dem Schluss, dass weibliche Gefangene beispielsweise grundsätzlich solidarischer miteinander waren. Verrat und Diebstahl unter Häftlingen kam in Männer- wie in Frauenlagern vor, ebenso wie Hilfsbereitschaft und Füreinander-Eintreten. Letztlich haben schlicht viel zu wenige KZ-Insassen überlebt, um im Nachhinein weitgehende Pauschalurteile zu fällen.

Gravierend waren die Unterschiede der Geschlechter in anderen Bereichen, etwa in Partisanengruppen, über die Nechama Tec schreibt. „Die sowjetische Regierung pries offiziell zwar den Beitrag von Frauen am Guerillakrieg und betonte, weibliche Partisanen symbolisierten den höchsten Grad von Hingabe im patriotischen Kampf für das Vaterland; in der Realität allerdings wurden Frauen, die sich sowjetischen Partisaneneinheiten anschlossen, zu niederen Diensten verbannt“, heißt es in dem Beitrag der polnisch-stämmigen Soziologieprofessorin. So seien bis auf wenige Ausnahmen Frauen in allen Partisanengruppen auch vom aktiven Kampfgeschehen und von Führungspositionen ausgeschlossen gewesen. Der Status der Frau wurde über den ihres Lebensgefährten oder Geliebten definiert. Alltäglicher Sexismus in einer alles andere als alltäglichen Zeit.

Mit „interessant“ oder „gut“ lässt sich ein Buch wie „Frauen im Holocaust“ sicher nicht klassifizieren, solchen Wertungen entziehen sich die geschilderten Schicksale. Auf jeden Fall hat Barbara Distel einen bei allen Widersprüchlichkeiten höchst wichtigen und buchstäblich lesenswerten Band vorgelegt.

Gudrun Giese

Barbara Distel (Hg.), Frauen im Holocaust, Bleicher Verlag, Gerlingen, 2001, 428 Seiten, 48 Mark

Bücherschau**Schreckliche Väter**

Während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher fand Hans Frank, einst als Generalgouverneur allmächtiger „König von Polen“ und eine der maßgeblichen Figuren bei der Ermordung der polnischen Juden, in einem nur schwer nachvollziehbaren Prozess der inneren Einkehr zum Katholizismus und zu einer – wenn auch begrenzten – Erkenntnis seiner Schuld. An seinen Sohn Norman schrieb er aus der Zelle: „Du gehst einen schweren Weg, denn Du trägst meinen Namen ...“

Dass dieser Weg vor allem für jene Kinder von Nazigrößen schwer war, die sich kritisch mit den Taten ihrer Väter auseinander gesetzt haben, zeigen eindrucksvoll die Gespräche, die Norbert und Stephan Lebert im Abstand von 40 Jahren mit Söhnen und Töchtern von Nazipotentaten geführt haben. Da es sich bei den Autoren, beide Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“, ebenfalls um Vater und Sohn handelt, ist noch eine zusätzliche interessante Variante der Thematik, wie Kinder mit dem elterlichen Erbe umgehen, bei der Lektüre zu entdecken.

Sie heißen Gudrun Himmler, Edda Göring, Wolf-Rüdiger Heß, Martin Bormann, Robert und Klaus von Schirach, Niklas und Norman Frank. Während Martin Bormann junior, der als Missionar nach Afrika ging, heute an Schulen Vorträge hält zum Thema „Nie wieder Faschismus“, scharen sich alte und neue Nazis um Gudrun Himmler wie um eine Ikone.

Gudrun Burwitz, geborene Himmler, ist noch heute aktiv in der „Stillen Hilfe“, einer dubiosen Organisation, die verurteilte NS-Gewaltverbrecher ideell und finanziell unterstützt, aber auch junge Gesinnungsgenossen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. „Ich will bleiben, wie mein Vater war,“ soll sie als Jugendliche immer wieder gesagt haben, auch als sie eine Zeit lang in Bethel unter Hunderten von Behinderten lebte, Menschen, die wenige Jahre zuvor nur knapp dem von ihrem Vater ausgeheckten Euthanasieprojekt entkommen waren.

Auch Wolf-Rüdiger Heß gehört zu jenen Ewiggestrigen, für die die Erinnerung an die „gute alte Zeit“ mehr als Worte bedeutet. Wie Gudrun Himmler

liebt auch er seinen Vater, bewundert und verehrt ihn, den früheren Stellvertreter Hitlers, der, in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt, im Spandauer Gefängnis Selbstmord beging. Sein ganzes Leben hat er seinem Vater gewidmet, seinetwegen den Wehrdienst verweigert, lange Jahre um seine Freilassung gekämpft, später seinen Freitod vehement in Frage gestellt. Er ist zu einem glühenden Verehrer Hitlers und verbissenen Holocaust-Leugner geworden. Dennoch meidet er die Nähe von Neonazis, die er für dumm und primitiv hält.

Edda Göring, die vom zweiten Mann im NS-Regime lang erwartete, heiß geliebte und verwöhnte Tochter, hält sich von Verehrern ihres Vaters fern, profitiert nur im Stillen von Gefälligkeiten, die ihr auf Grund ihres Namens gemacht werden, wie etwa Eintrittskarten für die Bayreuther Festspiele. Ihren Eltern fühlt sich die zurückgezogen Lebende „noch heute in großer Liebe verbunden“.

Ganz andere Gefühle hegt der Journalist Niklas Frank für seinen Vater, den 1946 hingerichteten Generalgouverneur Hans Frank, in dessen Herrschaftsgebiet die Nazis am schlimmsten wüteten. Er hasst ihn, zieht ihn in den Schmutz und erkennt voller Abscheu Wesenszüge von ihm in sich selbst. Konsequenter hat er mit ihm abgerechnet, in Artikeln im „Stern“, in seinem Buch „Der Vater“. Er ist überzeugt davon, dass seine Schwester und sein Bruder an ihrem Vater gestorben sind.

Martin Bormanns Gedenken an seinen Vater ist stark geprägt von seinem christlichen Glauben. Einerseits ist er sich der väterlichen Verbrechen bewusst, andererseits fühlt er sich durch das Vierte Gebot verpflichtet, seinen Vater zu ehren. So kommt es, dass er es ablehnt, ihn zu verurteilen. Aber er sieht es als seine persönliche Aufgabe an, alles zu unternehmen, um zu verhindern, dass sich Greuelthaten, wie sie sein Vater mit zu verantworten hat, wiederholen.

„Denn du trägst meinen Namen“ zeigt einen zwar kleinen, aber doch immens aussagekräftigen Ausschnitt deutscher Vergangenheitsbewältigung. Indem die Autoren geduldig fragten und zuhörten, nicht der Versuchung nachgaben, ihre Gesprächspartner „in die Pfanne zu hauen“, ist ihnen eine sehr differenzierte Studie gelungen, die dem Leser viel Raum lässt für eigene Reflexionen.

Dieter Adam

Lebert, Norbert; Lebert, Stephan: Denn du trägst meinen Namen: Das schwere Erbe der prominenten Nazi-Kinder, Blessing-Verlag München 2000, 222 Seiten, 42,00 Mark

DWETTBEWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-extremismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeht (z.B. Stadtteilstefte, Plakataktionen, RAPs, Hörspiele, Theaterstücke, Ausstellungen, Websites, Patenschaften). Willkommen sind auch Einsendungen, die sich mit der lokalen NS-Vergangenheit beschäftigen. Entscheidend ist, dass euer Projekt sich an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumentation Bild- und Tonträger, Presseauschnitte, Website-Adressen oder ausführliche Berichte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Hauptpreise und verschiedene Sonderpreise vergeben.

Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 55
Fax (0 30) 2 55 94 - 1 99
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen

■ **Berlin/Würzburg** - In „Huginn und Muninn“, dem Organ der Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände (ANSE; Postfachanschrift in Berlin), wird auf mehreren Seiten die Initiative „Ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche“ vorgestellt; Sprecher der „Initiative“ ist Ralf Speis aus Würzburg. Speis arbeitet nach Erkenntnissen von Pfarrer Alfred Singer, Sektenbeauftragter der Diözese Würzburg, als Geschäftsführer beim Christusbetrieb Karussell, der zum Imperium der antisemitischen Sekte Universelles Leben (UL) zählt. Bei einer Nachfrage unter der im Impressum der „Initiative“ angegebenen Telefonnummer landet man in Marktheidenfeld, dem bundesweiten Zentrum von Universelles Leben.

■ **Grevenbroich** - Neuerdings monatlich und auch im freien Vertrieb an Kiosken erscheint die Zeitschrift „eigentümlich frei“ (4. Jahrgang), die von Andre Lichtschlag (Ex-FDP-Mitglied) aus dem nordrhein-westfälischen Grevenbroich herausgegeben wird. Lichtschlag ist als Autor in „Criticon“ und als Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“ bekannt. Interviewpartner in der Mai-Ausgabe von „eigentümlich frei“ ist Peter Töpfer (Verlag der Freunde, Berlin), einer der Gründerväter der holocaustleugnenden Schrift „Sleipnir“. Zuletzt fand bei Töpfer am 7. Dezember 2000 eine Hausdurchsuchung wegen seiner Internetseiten „nationale-anarchie“ statt. Im Interview erklärt Töpfer: „In der BRD stinkt es gewaltig!“

■ **Heidelberg** - An der Universität Heidelberg sorgt der dort immatrikulierte ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert (61) für Wirbel. Das Rektorat ist über den prominenten rechtsextremistischen Studenten wenig erfreut und fürchtet um den Ruf der alten Universität. Die Universität hat eine Partnerschaft in Jerusalem und unterhält seit vielen Jahren eine Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Der „nicht willkommene Deckert“ trat sein Zweitstudium im vergangenen Wintersemester nach seiner Haftentlassung aus der Bruchsaler Justizvollzugsanstalt im Oktober an. Die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze in Dortmund hatte dem vorbestraften Deckert den Studienplatz nahe seines nordbadischen Wohnorts Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) zugewiesen. Gerüchte über ein Studium in Straßburg erwiesen sich als falsch. „Mit Beginn des WS 2000/2001 ist Günter Deckert ordentlicher Student der Rechtswissenschaft an der Uni Heidelberg. Jeder Staats-

bürger kann einen anderen in der ersten Stufe (Amtsgericht) vertreten. In Frage kommen vorrangig Strafsachen“, wies Deckert bereits in den HNG-Nachrichten im vergangenen Dezember auf seine Dienste hin.

■ **Hohenroda** - Der Holocaustleugner Udo Walendy (Jahrgang 1927) wurde auf dem diesjährigen Jahreskongress der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), der vom 27. bis 29. April im hessischen Hohenroda stattfand, mit dem „Ulrich-von-Hutten-Preis“ ausgezeichnet. Zu den bisherigen Preisträgern gehören neben anderen der frühere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Werner Kuhnt und Wilfred von Oven, letzter Adjutant von NS-Reichspropagandaminister Joseph Goebbels. Der knasterfahrene Walendy, mehrfach rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt, war einst NPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Zugegen bei der Auszeichnung von Walendy waren etwa 300 Rechtsextremisten aus der Bundesrepublik und Österreich. Referate hielten unter anderem Bernd Dröse (DVU), Mike Layer (NPD) und Hans-Helmuth Knütter (CDU).

■ **Leonberg** - Mit einer eigenen Homepage ist neuerdings die im August 2000 gegründete Deutsche Studiengemeinschaft (DSG) aus Leonberg in Baden-Württemberg im Internet vertreten. Die beklagt, „dass Volk und Staat der Deutschen sich in einer Krise befinden, aus der die herrschende politische Klasse unseres Landes gegenwärtig keinen Ausweg“ finde. Die von den demokratischen Parteien betriebene Politik bezeichnet die DSG als „fehlgeleitet“. Angeprangert wird eine angebliche „zunehmende politische Entmündigung des deutschen Volkes durch eine politische Klasse“. DSG-Gründungsinitiatoren sind die abgehalfteten Ex-NPD-Funktionäre Felix Buck Rolf Kosiek (ehemaliger Chefideologe), Uwe Rheingans und Günter Poser sowie Edmund Sawall, Walter Staffa (Ex-Bundesvorsitzender des Witikobundes) und Albrecht Jebens (ehemals Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim). Jebens (CDU-Mitglied) wurde beim GFP-Kongress in Hohenroda zum Beisitzer im GFP-Vorstand gewählt.

■ **Mainz** - Die Staatsanwaltschaft Mainz hat die Ermittlungen gegen die Leiterin der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) Ursel Müller eingestellt. Müller stand im Verdacht, mehrere Personen zur Schändung jüdischer Gedenkstätten angestiftet haben. Dieser Vorwurf, so der Leitende Oberstaatsanwalt in Mainz, sei ihr

nicht nachweisbar. Belastet worden war Ursel Müller von einer 36-jährigen Frau aus Nackenheim bei Worms, deren Lebensgefährten und der 16-jährigen Tochter. Die drei hatten im Herbst 1999 auf dem jüdischen Friedhof im rheinhessischen Alsheim mehrere Grabsteine mit Parolen wie „Juda verrecke“ oder „Deutschland erwache“ besprüht. Noch vor dem Prozess im vergangenen Jahr kehrten sie der rechten Szene den Rücken zu. Bei ihren polizeilichen Vernehmungen hatten sie Ursel Müller als Anstifterin der Tat belastet. Die rechte Szene hatte daraufhin ein Solidaritätskonto für den Prozess gegen die HNG-Chefin eingerichtet und zu Spenden aufgerufen.

■ **München** - In der „National-Zeitung“ gibt der rechtsextreme Publizist Rolf-Josef Eibicht (vormals Mitglied der Parteien NPD, CDU, CSU, REP und zuletzt DVU-Bundestagskandidat) kund, dass „Frey und die Deutsche Volksunion“ die „letzte Hoffnung“ für Deutschland darstellten. Nur die DVU könne nach Auffassung von Eibicht dem „68er Zeitgeist“, dieser „herrschenden politischen, medialen und kulturellen Klasse“, die „heute für einen geistigen Bürgerkrieg gegen das Nationale, den deutschen Patriotismus“ stehe, Paroli bieten. Jetzt, so Eibicht, müsse die „deutsche Rechte“ eine „Entscheidung zur einheitlichen Schlagkraft“ treffen. NPD und REP würden im rechten parteipolitischen Spektrum in Zukunft keine Rolle mehr spielen. Im Spätsommer 1999 (s. BNR 20/99) hatte Eibicht öffentlichkeitswirksam seinen Austritt aus dem Verein DVU verkündet. Gerhard Frey warf er damals eine „infantile politische Vorgehensweise“ vor und charakterisierte die DVU als eine „Verleger-Organisation“ („Politik für die deutsche Rechte kann nicht die Fortsetzung des Verlagsgeschäftes mit anderen Mitteln sein“).

■ **Starnberg** - Die Zweimonatszeitschrift „Opposition“ aus dem Hause Verlagsgesellschaft Berg hat ihren Redaktionsstab erweitert. Neben dem bisherigen Chefredakteur Karl Richter arbeiten neuerdings (ab Ausgabe 2/01) auch Jürgen Gansel und Josef Klumb (alias „Jay Kay“) in der Redaktion mit. Der Burschenschafter Gansel ist stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Hessen. Josef Klumb (vgl. BNR 7/00), Anhänger der antisemitischen Verschwörungstheorien des „Jan van Hel-sing“, hat 1997 mit seiner damaligen Band „Forthcoming Fire“ die CD „Illuminati?“ veröffentlicht, durch deren Texte sich die Botschaft von einer Verschwörung der „Illuminaten“ (Chiffre für Juden) zur Weltherrschaft zieht.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 11-2001 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

P-

■ **Tellingstedt** - Freunde und Förderer des Werkes des rechtsextremen Schriftstellers Heinz Mahncke (76) haben in Tellingstedt eine „Heinz-Mahncke-Gesellschaft“ gegründet. Dies berichtet das aktuelle Mitteilungsblatt „Das Freie Forum“ der Gesellschaft für freie Publizistik. Der bundesweit bekannte Altnazi Mahncke war einst Freiwilliger der Waffen-SS und später Mitglied der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Deutschen Freiheitspartei. Noch heute greift er als Autor für rechtsextreme Blätter wie „Deutsche Stimme“ (NPD) oder „Aula“ zur Feder. Im Oktober vergangenen Jahres referierte er beim NPD-nahen Deutschen Kulturwerk zum Thema „Marx-Sozialismus oder Natur-Sozialismus“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.